



Topleistungsausweis der Wirtschaft bei Klimaschutz und Stromsparen

Die in der Energie-Agentur der Wirtschaft organisierten Firmen haben ihren CO₂-Ausstoss seit 2000 um über 30 Prozent reduziert. Doch das erfolgreiche Modell ist in Gefahr.

Die diesjährige Medienkonferenz der Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW) hat einmal mehr aufgezeigt, dass die Wirtschaft ein verlässlicher und leistungsfähiger Partner im Klimaschutz und bei der Verbesserung der Energieeffizienz ist. Nach zehn Jahren erfolgreicher Tätigkeit hat die EnAW zusammen mit 2100 Unternehmen alleine im vergangenen Jahr freiwillig 1,3 Millionen Tonnen CO₂ und 1 Milliarde Kilowattstunden Strom eingespart. Dieser Erfolg muss auch in Zukunft weitergeführt werden. Das derzeit im Parlament beratene CO₂-Gesetz stellt dies aber infrage.

Die Wirtschaft erbringt den Tatbeweis auf eindruckliche Weise. Mit freiwilligen Massnahmen und privaten Investitionen haben die in der EnAW zusammengeschlossenen Unternehmen seit dem Jahr 2000 den CO₂-Ausstoss um über 30 Prozent gesenkt. Insgesamt hat die Wirtschaft ihren CO₂-Ausstoss aus Brennstoffen (Heizöl und Erdgas) von 12,7 Millionen Tonnen CO₂ im Jahr 1990 auf 10,9 Millionen Tonnen CO₂ im Jahr 2009 gesenkt, was einer Reduktion von rund 14 Prozent entspricht. Die Wirtschaft wird damit ihre Verpflichtungen vorzeitig einlösen und den Ausstoss bis 2012 um 15 Prozent senken.

Die EnAW steht auch für verbesserte Energie- und Stromeffizienz. Pro Jahr können 1 Milliarde Kilowattstunden Strom eingespart werden, was einer Steigerung der Effizienz um zehn Prozent entspricht. Jährlich werden über 150 Millionen Franken private Investitionen getätigt, um dieses Ziel zu erreichen. Freiwillige Zielvereinbarungen erweisen sich damit als wesentlich

kosteneffizienter und wirksamer als eine staatliche Verordnungsbürokratie. Der innovative und wettbewerbsfähige Ansatz der EnAW ist daher auch auf grosses Interesse in anderen Ländern – wie Deutschland und Luxemburg – gestossen. Es wäre daher unverständlich, wenn dieses Erfolgsmodell in der laufenden Revision des CO₂-Gesetzes zunichte gemacht würde. Die Politik würde den klima- und energiepolitischen Erfolgen der Wirtschaft einen Strich durch die Rechnung machen und sie mit hohen zusätzlichen Kosten belasten. Angesichts der in nächster Zeit drohenden wirtschaftlichen Herausforderungen ist dies unbedingt abzuwenden.

Weitere Informationen:

[Homepage der Energie-Agentur der Wirtschaft](#)